

n Personenposten.
Rechten Tariffestsetzung
Steigerung aller Bes
1922 an die Fahrpreise
den Pferdekosten auf

Wirtschaft.

Die K. P. Groß-Stuttgart
die Parteiverschmelzung
die Genossen der U. S.
ste mit, daß die beiden
itt des Landtags auch
haben werden. Die
wurde angesichts der
inglichste Aufgabe be-
ist.

er ds. Is. geht in der
Forderung vor sich; es
Unterlehrerstellen mit
bernannte Lehrer heißt
ennung Lehrer in dem
wensburg. Die Stelle
worden, wurde aber
esetzt, da keine Dienst-
1918 sollte die Stelle
ieges wurde die end-

die Königin der
lt eingetroffen.
die Not des Mittel-
hat die Mittel-
stige W ä r m e s t u -
en zu schaffen. Mit
egonnen werden. Es
50 M für 10 Mittag-

erstag früh stürzte
alibe Arbeiter Josef
on seit zwei Jahren
erklärt. Die Leiche

Wirtschaft.

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark

Der Obstverkauf
herrschte rege Nach-
r 800 Str. geschätzt.
er 150—180 Mark



Nr. 230.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 10.—
Stellen Nr. 30.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preis Nr. 9.

Dienstag, den 3. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn Nr. 815.— vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 815.— mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegsschuldfrage hat einen erneuten Anstoß durch ein Interview erfahren, das der deutsche Reichskanzler Vertretern der Auslandspresse gewährt hat. Die Veröffentlichung der Erklärungen des Reichskanzlers dürfte sich für uns erübrigen, da in unserem heutigen Leitartikel der Inhalt derselben behandelt ist. Es handelt sich nämlich um die Bewertung einer von dem früheren Gesandten Freiherrn von Romberg herausgegebenen Sammlung diplomatischer Dokumente über die Fälschungen des russischen Orangebuchs. Der Reichskanzler, der im übrigen betonte, daß die Regierung bisher alles getan habe, um das ihr zugängliche Material über die Kriegsschuldfrage zu verwerthen, wenn sie auch aus politischen Gründen nicht immer so vorgehen dürfen, wie dies temperamentvolle Kämpfer in der Schuldfrage forderten, wies darauf hin, daß in dem russischen „Orangebuch“, das zu Kriegsbeginn aus dem Altenmaterial zusammengestellt worden war, um die Haltung Rußlands bei Kriegsausbruch zu rechtfertigen, vieles weggelassen und entstellt worden sei, um vor der Welt einen falschen Eindruck zu erwecken. Viviani, der damalige französische Ministerpräsident hat zu den Ausführungen des Reichskanzlers sofort Stellung genommen. Er behauptet, Frankreich habe alles getan, um den Krieg zu verhindern. Die Tatsachen der Rüstungen und der diplomatischen Verhandlungen vor und während der Österreichisch-serbischen Krisis beweisen das Gegenteil.

Die Orientkrisis scheint eine Entspannung erfahren zu haben durch die Note der Angora-Regierung, die sich zu Verhandlungen bereit erklärt, und zur Zurückziehung der Truppen aus der neutralen Zone. Allerdings geht aus den heutigen Meldungen ebenfalls nicht klar hervor, auf welcher Grundlage die Verhandlungen geführt werden sollen, denn Kemal Pascha wünscht sofortige Abtretung Thrakiens, während die Entente das Gebiet anschließend erst nach Friedensschluß abtreten will. Im übrigen scheint man in Paris und London die Lage wesentlich zurechtzufinden zu beurteilen.

Die russischen Dokumentenfälschungen. Zur Klärung der Kriegsschuldfrage.

Von Karl Bra m m e r.

Die Kritiker, die die Reichsregierung einer nachlässigen Behandlung der Kriegsschuldfrage zeihen, sind gewiß in den meisten Fällen vom besten Willen beseelt, ebenso oft freilich fehlt ihnen die Erkenntnis der psychologischen Voraussetzungen zur wirksamen Erörterung der Kriegsschuldfrage. Reichsminister Dr. Rathenau hat unablässig an der Schaffung dieser Voraussetzungen gearbeitet und auf diese überaus wertvolle Arbeit hat der Reichskanzler in seiner großen Reichstagsrede aus Anlaß der Ermordung Rathenaus hingewiesen. Die Aktivität in der Erörterung der Kriegsschuldfrage kann nicht einfach aus dem Grunde angezweifelt werden, weil sie sich zeitweise der öffentlichen Kenntnis entzogen hat und entziehen mußte. Mit spitzfindigen Erörterungen allein ist uns und ist der Welt nicht gedient. Im Kampf um die Wahrheit können nur die Mittel verwendet werden, die der Wahrheit wirklich zum Siege verhelfen.

Als hervorragendstes Mittel in diesem Kampfe ist die große Offenlegung des Auswärtigen Amtes anzusehen. Dieses Kampfmittel kann aber nicht das alleinige Mittel sein, wenigstens solange nicht, solange die Entente sich nicht ihrerseits zur Öffnung ihrer Archive entschließen. In diesem friedlichen und überaus segensreichen Kampf um die Wahrheit muß man die Gegner auch mit ihren eigenen Waffen schlagen. Und in diesem Zusammenhang ist eine Veröffentlichung hoch bedeutsam, die gerade jetzt herausgekommen ist. Es handelt sich um den wahren Telegammwechsel, der bei Kriegsausbruch zwischen Paris und Petersburg geführt worden ist. Diese neue Veröffentlichung ist vom Gesandten z. D. Freiherrn G. von Romberg mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes herausgegeben und eingeleitet worden. („Die Fälschungen des russischen Orangebuchs“, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter u. Co.) In den wissenschaftlichen Erörterungen war bisher bereits unwidersprochen die Meinung vertreten worden, daß in den verschiedenen Buntbüchern die einzelnen Dokumente nicht einwandfrei wiedergegeben waren. Man konnte sich des Eindruckes nicht

erwehren, daß Dokumente fehlten, gekürzt oder ergänzt worden waren. In einer Reihe von Fällen konnte dies sogar schlüssig bewiesen werden. Man wußte, daß viele Dokumente fehlten, aber man konnte den Inhalt dieser Dokumente nicht rekonstruieren. Jetzt ist der Beweis gelungen, daß, wenigstens soweit es Rußland angeht, das russische Orangebuch gefälscht worden ist. Und jetzt, da man den Inhalt der bisher nicht bekannt gewordenen Dokumente kennt, ergibt sich für die Erörterung der Kriegsschuld überhaupt eine neue Grundlage. Im diplomatischen Verkehr ist es üblich, die einzelnen Telegramme fortlaufend zu nummerieren; die Tatsache, daß im russischen Orangebuch die Nummerierung nicht angegeben wurde, war bezeichnend dafür, daß man etwas verschweigen mußte. Wie sich jetzt ergibt, hat man natürlich die Telegramme verschwiegen, die sowohl für Rußland als auch für Frankreich überaus kompromittierend waren. Was den Gang der Entwicklung zum verhängnisvollen Kriegsausbruch angeht, so kann im einzelnen wenigstens der wissenschaftlichen Forschung nicht vorgegriffen werden. Das neue Material wird der historischen Forschung der ganzen Welt vorgelegt und die Wissenschaftler werden ihr Votum abzugeben haben. Unabhängig aber von der historischen Durchleuchtung der Details werfen sich für jeden, der lesen kann, Eindrücke ergeben, die unantastbar und unverwundbar sind. Man muß dem Freiherrn von Romberg unbedingt dahin zustimmen, daß auf Grund dieser neuen Offenlegung mit der Legende vom deutschen Ueberfall auf Frankreich endgültig aufgeräumt ist. Weiterhin geht aus der Veröffentlichung einwandfrei hervor, daß sich Frankreich von Anbeginn des Konfliktes an die russische Auffassung zu eigen gemacht hat. Frankreich hat weiter im Gegensatz zu den deutschen Bemühungen in Wien stets kategorisch abgelehnt, in Petersburg mäßigend einzuwirken; Frankreich hat darüber hinaus durch wiederholte Zusicherung seiner unbedingten Unterstützung den russischen Kriegswillen gestärkt. Weiterhin beweisen die Dokumente, daß Frankreich zum Kriege entschlossen war und daß es dies in Petersburg mitgeteilt hat, bevor noch irgendeine Entscheidung über Krieg oder Frieden gefallen war. Ein Beweis dafür ist das bisher nicht bekannte Telegramm Tswolkis vom 31. Juli 1914, das wie folgt lautet:

„Vom Militärattaché an den Kriegsminister. 1 Uhr nachts. Der französische Kriegsminister eröffnete mir in gehobener herzlicher Tone, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei, und daß mich die Hoffnung, des französischen Generalstabes zu bestätigen, daß alle unsere Anstrengungen gegen Deutschland gerichtet sein würden und Oesterreich als eine quantité négligeable behandelt wird.“

Endlich beweisen diese Dokumente einwandfrei, daß Frankreich die Kriegserklärung an Deutschland nur unterließ, weil es ihm in Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich und England nützlicher erschien, wenn der erste Angriff von deutscher Seite erfolgte. Auch hierfür nur ein Beispiel. Im Telegramm Nr. 222 vom 1. August äußerte sich Tswolski u. a. wie folgt:

„... aus Erwägungen, die hauptsächlich England betreffen, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von Seiten Frankreichs, sondern von Seiten Deutschlands erfolgte. Ferner muß man berücksichtigen, daß heute nur der erste Tag der französischen Mobilmachung ist, und daß es für beide Verbündeten vorteilhafter wäre, wenn Frankreich die militärischen Operationen erst beginnen würde, nachdem die Mobilisation schon weiter fortgeschritten wäre.“

In der gleichen Tendenz ist das russische Orangebuch aber nicht nur durch Fortlassungen gefälscht, sondern man hat sich nicht gehesert, den Telegrammen zur zweckdienlichen Veröffentlichung auch Zusätze zu geben, die in den Originalen überhaupt nicht vorhanden sind. So lautet der Schlußsatz eines Telegramms von Sazonow an Tswolski (Nr. 1627 v. 2. August 1914): „Da Deutschland sich entschloß, uns zu einer Zeit den Krieg zu erklären, in der zwischen den Mächten noch Verhandlungen schwebten, übernahm es eine schwere Verantwortung.“ Ein Kommentar zu dieser Fälschung ist wohl überflüssig!

In dieser kurzen Uebersicht konnten nur einzelne Stichproben gegeben werden; diese Stichproben aber genügen schon, um den Urkundenwert des russischen Orangebuchs zu zeigen. Wenn die neue Veröffentlichung, woran nicht ge-

zweifelt werden kann, mit dazu beiträgt, die Frage nach der Kriegsschuld aufzuhellen, so hat sie nicht allein eine historische Mission erfüllt, sondern dann wird sie auch helfen, die Verständigung unter allen Völkern, die durch den Krieg namenlos gekittet haben, zu fördern, dann wird sie eine vom Haß gereinigte Atmosphäre schaffen können, ohne die ein moralischer und materieller Wiederaufbau unmöglich ist.

Im besetzten Gebiet ist der deutschen Presse durch eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandskommission bei Androhung des Erscheinungsverbots und hoher Geld- und Freiheitsstrafen die Erörterung der Kriegsschuldfrage strengstens verboten. Um so eifriger widmet sich das „Nachrichtenblatt zur rein sachlichen Berichtigung von Fälschungen und Hehmeldungen über das besetzte Gebiet“, herausgegeben von der französischen Pressestelle in Koblenz, diesem Thema, jedoch nicht, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen, sondern durch das Zusammentragen aller erreichbaren Fälschungen und Hehmeldungen gegen Deutschland die „Alleinschuld Deutschlands“ zu „beweisen“. Die mit französischem Gelde gespeisten Hochverräter-Blätter „Rheinische Republik“, „Der Rheinländer“, „Rheinischer Herold“, „Neuer Saar-Kurier“ leisten ihm dabei den befohlenen Beistand. Nach dem Willen der Rheinlandskommission würde die rheinische Bevölkerung über den Stand der Kriegsschuldfrage niemals etwas erfahren, um so mehr hat die Presse des unbesetzten Deutschlands die Pflicht, die Aufklärung zu verbreiten, die notwendig ist, um die ganze Rügenhaftigkeit des Versailler „Friedensvertrages“ zu begreifen. Dieser „Vertrag“ basiert auf der „Alleinschuld Deutschlands am Kriege“ — die bisherigen dokumentarischen Feststellungen beweisen die Alleinschuld Frankreichs und Rußlands, die zur Vernichtung Deutschlands den Krieg wollten!

Der deutsche Reichskanzler zur Fälschung der russischen Dokumente.

Die wichtigsten Ausführungen lauten folgendermaßen:
Eine Depesche des russischen Geschäftsträgers in Paris vom 24. Juli 1914 enthält in ihrer ursprünglichen Fassung einen Satz, der in der offiziellen Ausgabe weggelassen wurde, obwohl er besser, weil er auf die Rolle Deutschlands ein günstiges Licht wirft. Er lautet: „Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte.“ Hier zeigt sich also, daß man auch auf der Gegenseite genau wußte, daß Deutschland die Entfesselung des Weltkrieges nicht wollte, sondern danach strebte, den Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einzudämmen.

Sehr charakteristisch ist ferner, daß die Vermittlungsversuche, die Deutschland während der kritischen Tage in Paris unternahm, in der offiziellen Ausgabe entfällt, die Schritte des deutschen Botschafters vom 28. und 29. Juli sogar unterdrückt wurden, weil aus den Original-Depeschen Tswolkis, des bekannten russischen Botschafters in Paris, hervorgeht, daß diese Schritte in der ablehnenden Haltung der französischen Regierung scheiterten. Auf der andern Seite können wir jetzt an der Hand der unverkürzten Dokumente klar erkennen, daß Rußland von vornherein jegliche Vermittlung der Mächte ablehnte. Denn am 27. Juli telegraphierte der russische Außenminister Sazonow nach Paris und London: „Wenn es sich darum handelt, irgend einen mächtigen Einfluß in Petersburg auszuüben, so weisen wir einen solchen vor vornherein zurück, da wir von Anfang an einen Standpunkt eingenommen haben, an dem wir nichts ändern können, weil wir bereits allein annehmbaren Forderungen Oesterreich-Ungarns entgegenkommen.“

Sogleich läßt sich beobachten, daß von französischer Seite tatsächlich auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde, auf Rußland im Sinne der Nachgiebigkeit einzuwirken. Tswolski stellte vielmehr an einer Stelle, die im „Orangebuch“ gleichfalls ausgemerzt ist, mit Genugtuung fest, daß Paris jeder Gedanke an eine Einwirkung auf Petersburg durchaus fern liege. Ganz im Gegenteil gab man Petersburg immer wieder die Versicherung unbegrenzter Unterstützung. So meldet z. B. Tswolski in einem Telegramm vom 29. Juli, daß der französische Ministerpräsident Viviani sich sofort nach seiner Rückkehr aus Rußland zu ihm in diesem Sinne geäußert habe. Selbst als die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland eintraf, wurde die bedingungslose Zusage erneuert. Denn in diesem

Augenblick meldet ein Telegramm des russischen Botschafters: „Die französische Regierung ist bereit, alle Bündnispflichten zu erfüllen“.

Eine Antwort Vivianis.

Paris, 3. Okt. Abgeordneter Viviani, der bei Kriegsausbruch Ministerpräsident war, veröffentlicht durch Havas eine Erklärung gegen die Äußerungen des Reichskanzlers Dr. Wirth vor Pressevertretern über die von dem ehemaligen Gesandten von Romberg veröffentlichten Dokumente über die Kriegsurkunden. Nach einer Einleitung, in der Viviani von sorgfältig vorbereiteten Dokumenten spricht, erinnert er den Reichskanzler daran, man müsse mit etwas mehr Bescheidenheit von diplomatischen Archiven sprechen, wenn man der Chef eines Landes sei, das vier Jahre hindurch alle Dokumente beschlagnahmt habe, die es abgehandelt oder empfangen habe, sodas das Weißbuch von 1914 nur einige Duzend Dokumente enthalte, während das Weißbuch, das von der öffentlichen Meinung im Jahre 1919 erzwungen worden sei, annähernd 800 Dokumente enthalte. Was jetzt entscheide, seien die Akten der Regierungen, die in den Krieg verwickelt worden seien und die durch bekanntgewordene Instruktionen und durch bekannte Demarchen zum Ausdruck kamen. Durch die glücklichen und die unglücklichen Rückwirkungen dieser Demarchen werde behauptet, daß am 28. Juli Zwolski der russischen Regierung mitgeteilt habe, daß Frankreich unbegrenzten Beistand versprochen habe. Zwolski sei am 28. Juli in Paris eingetroffen, habe seinen Dienst wieder übernommen, und die beiden Botschafter der Mittelmächte empfangen. In der Nacht zum 30. Juli sei Zwolski um 2 Uhr ins Ministerium gekommen und habe de Margerie eine Depesche mitgeteilt, in der Sasanow angesichts des deutschen Ultimatus, das noch unaufgeklärt sei, weil Rußland nur auf der österreichischen Front als Antwort auf die österreichische Mobilisierung mobilisierte, ihn, Viviani, fragte, was Frankreich zu tun gedenke. Bevor der Reichskanzler spreche, wie er gesprochen habe, hätte er aus dem Gelbbuch die Depesche 110 erwähnen können, worin er, Viviani, nach Petersburg und London drahtete: Frankreich ist entschlossen, alle Allianceverpflichtungen zu erfüllen. Es wird im übrigen nichts vernünftigeres, um eine Lösung des Konflikts im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen. Die zwischen den wenigen interessierten Mächten eingeleiteten Verhandlungen gestatten jedoch die Hoffnung, daß der Frieden aufrechterhalten werden kann.

Ster habe man die französische Politik: die Allianzen vor Vorkerungen zu bewahren, die Frankreich isoliert hätten, und im Interesse des allgemeinen Friedens die vermittelnden Aktionen Englands und Italiens in Einklang zu bringen. Im weiteren Verlauf seiner Erklärungen führt Viviani dann verschiedene Depeschen Falckologues und des deutschen Botschafters von Schön an und sagt, der seit 5 Jahren in Paris wohnhafte deutsche Botschafter, der sich lange mit ihm, Viviani, unterhalten und auch anderswo Erkundigungen eingezogen habe, wie es sein Recht gewesen sei, habe die Gemütsverfassung der französischen Regierung ganz anders beurteilt als die Berliner Regierung. Man sei den Franzosen eine Erklärung schuldig, warum in den ersten deutschen diplomatischen Veröffentlichungen die Depeschen des deutschen Botschafters völlig beseitigt seien. Viviani kommt dann des Weiteren auf die verschiedenen Orange- und Blauecher in Bezug auf den österreichisch-serbischen Konflikt zu sprechen und erklärt schließlich, daß der Zar dem deutschen Kaiser vorgeschlagen habe, diesen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Der Kaiser habe nicht einmal geantwortet. Dabei erkläre der Kaiser in seinen Memoiren, daß er bereit gewesen sei, sich im Haag abzurteilen zu lassen. Dieser hohe Gerichtshof wäre, wie es scheine, gut genug gewesen, die illustre Persönlichkeit des Kaisers zu empfangen, aber 1914 habe dieser es für nötig gehalten, jenen mit Verachtung zu strafen. Viviani meint, der Reichskanzler könne von ihm verlangen, sich über das österreichische Notbuch, über die hagerischen Veröffentlichungen und über die schreckliche Depesche des österreichischen Botschafters vom 5. Juli auszusprechen. Aber man werde ja, wenn man auf die Memoiren des Kaisers antworte, Gelegenheit haben, deren beabsichtigte Lücken auszufüllen. Augenblicklich antworte er, Viviani, dem Reichskanzler so, wie es für ihn notwendig gewesen sei. Er bliebe sich ein, daß diese Antwort für alle ehrenhaften Leute genüge.

Die orientalische Frage.

Eine türkische Note an die Alliierten.

Paris, 2. Okt. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung von Angora hat am 29. September dem Ministerpräsidenten Poincaré eine Note zugehen lassen, in der er mitteilt, daß die Note der Alliierten der Nationalversammlung in einigen Übermittelt werde und daß infolge der Verzögerung, die Franklin Bouillon gegeben habe, der Befehl erteilt worden sei, sofort die militärischen Operationen, die sich in der Richtung auf Konstantinopel zur Verfolgung des griechischen Heeres entwickelt hätten, einzustellen. Die von Franklin Bouillon abgegebenen Erklärungen hätten die Gerechtigkeit gefordert, von denen die Vorschläge der Entente erfüllt seien, um die Rechte der Türkei sicherzustellen, darunter. Es sei jedoch unmöglich, auch Thrazien nur einen Tag länger unter der Verwaltung und Belegung des griechischen Heeres zu lassen. Die sofortige Räumung und die Uebertragung von Thrazien bis weislich der Marmara einschließlich Adrianopel an die Regierung der Nationalversammlung sei unerlässlich. Eine Konferenz der alliierten Generale in Mudania zwecks Erledigung der schwebenden Fragen wolle er für den 3. Oktober vorschlagen. General Semed Pascha sei als Vertreter beider bezeichnet worden.

Die Besprechungen zwischen Kemal Pascha und dem französischen Sondervertreter.

Paris, 2. Okt. Wie Havas aus Rom meldet, sind die Bedingungen, die zwischen Franklin Bouillon und Kemal Pascha festgelegt worden sind, folgende: Thrazien wäre sofort durch die Alliierten zu besetzen, die vorläufig mit Hilfe von circa 1000 Mann, die in Adrianopel zu stationieren wären, und mit Hilfe

von kleineren Abteilungen, die an verschiedenen strategischen Punkten von Gallipoli unterzubringen wären, die Verwaltung zu sichern hätten. Dann wird Thrazien in einem Monat einer Kommission übergeben werden, die von kemalistischer Gendarmerie unterstellt würde. Letztere bliebe im Besitz der Provinz bis zum Abschluß des Friedens. Bouillon betonte, daß diese Lösung innerhalb 48 Stunden erfolgen müsse, denn Mustafa Kemal bestrebe darauf, daß Thrazien den Türken nicht in so verheerendem Zustand übergeben werde, wie sie Anatolien nach dem Rückzug der Griechen vorgefunden hätten. Man dürfe also keine Zeit verlieren, um die vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuführen.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel vom 1. Okt. ist im Laufe der Unterredung Franklin Bouillons mit Kemal Pascha eine am 3. Oktober in Mudania abzuhaltende Konferenz vorgeschlagen worden. Die diplomatische Konferenz müsse die Friedensbedingungen feststellen, die Konferenz in Mudania aber die Bedingungen militärischer Art festzulegen. In türkischen Kreisen glaubt man, daß wenn die Konferenz in Mudania ein Ergebnis zeitigt, die Friedenskonferenz selbst gegen den 15. Okt. abgehalten wird.

Paris, 2. Okt. Nach einer Meldung des New York Herald aus Konstantinopel beabsichtigt Kemal, die Volksabstimmung in Westthrazien zu verlangen, eine Frage, die jedoch der künftigen Friedenskonferenz überwiesen würde.

Paris, 2. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet: Kemal hat Franklin Bouillon mitgeteilt, daß seine Hauptforderung in Mudania die Zurückziehung der Engländer aus den Zonen von Tschanal und Semid sein werde und daß er über den Frieden nicht verhandeln werde, bevor nicht die Räumung dieser Gebiete durchgeführt sei.

Die Nationalversammlung von Angora mit kemalischer Haltung einverstanden.

Paris, 2. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Angora hat die Nationalversammlung die Haltung der Regierung in der Orientfrage einstimmig gebilligt. Die Regierung sei von der Versammlung ermächtigt worden, einen Vertreter zur Konferenz in Mudania und weitere Vertreter zur demnächstigen Friedenskonferenz zu entsenden.

Neuter über die Lage.

London, 2. Okt. Das Neuter'sche Bureau erfährt aus unterrichteten britischen Kreisen, daß, obwohl die Lage im nahen Osten sich sehr gebessert habe, man nicht vergesse, daß die britische Regierung zu dem Curzon-Poincaré-Gezapprogramm stehe, würde das erste, was geschehen müsse, sein, zuzusehen, daß sowohl die Türken als auch die Griechen durchzuführen, was dieses Programm von ihnen fordere, nämlich daß die Türken die Tschanalzone räumen und die Griechen ihr Heer aus Thrazien zurückziehen, vermutlich bis zur Marikhalinie. Man sei der Ansicht, daß Kemal sowohl von englischer als auch von französischer Seite anerkannt werde. Man versuche jetzt, jede Art von Feindseligkeiten während der Mudania-Konferenz, die morgen beginne, zu verhindern.

Französische Befriedigung über die Entspannung der Lage.

Paris, 2. Okt. „Journal des Debats“ beurteilt die Lage im Orient wie folgt: Es sei heute möglich, der Zukunft mit weniger Beunruhigung entgegenzusehen, da die durch die Orientereignisse hervorgerufene Krise jetzt wirksam zu sein scheint. Die türkischen und die alliierten Militärbelegierten würden morgen in Mudania zusammentreffen. Die Truppen, die Mustapha Kemal Pascha in die Zone von Tschanal eingeführt habe, hätten ihren Rückzug begonnen. Andererseits würden die Alliierten die Ordnung in Thrazien sichern, bis eine endgültige Entscheidung Thrazien den Türken zurückerstatten werde. Unter diesen Umständen dürfe man einer friedlichen Regelung der Orientfrage entgegenzusehen, ohne sich zu verhehlen, daß die Verhandlungen langwierig und heikel sein würden. Indessen sei das erste Ergebnis, so wie es vorliege, zufriedenstellend, wenn man an die Folgen denke, die die letzten Ereignisse fast gehabt hätten.

Die „Aufgabe“ Venizelos' in den Ententehauptstädten.

London, 2. Okt. Neuter erfährt von maßgebender Seite, daß Venizelos sich bereit erklärt hat, eine Sondermission in den westlichen Hauptstädten anzunehmen ohne eine bestimmte Aufgabe, sondern nur um die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern kennen zu lernen.

Türkische Bandenangriffe an der thrazischen Front.

London, 2. Okt. Einer Blättermeldung aus Konstantinopel zufolge teilte der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen in Thrazien den alliierten Hauptquartieren mit, daß er nicht in der Lage sein werde, die neutrale Zone bei der Tschafschalbalinie zu respektieren, wenn die türkischen Banden, die sich in diesem Bezirk bildeten, weiter die griechische Front angriffen.

Die Ausweisung des griechischen Königs.

Athen, 2. Okt. Neuter. Wie verlautet, hat König Konstantin vor seiner Abreise aus Athen von dem revolutionären Ausschuss ein Dokument verlangt, das ihm bestätigen sollte, daß seine erzwungene Abreise aus Griechenland nur zeitweilig sei. Der Ausschuss habe dies abgelehnt und hinzugefügt, daß er auf der Flucht des Königs und seiner Brüder bestehe.

Die Abreise der griechischen Königsfamilie.

Paris, 2. Okt. Havas meldet aus Athen: Die ganze königliche Familie mit Ausnahme des Königs Georg und seines Bruders Paul, der jetzt Thronfolger ist, hat sich am Sonntag abend im Hafen von Drepa an Bord eines von

dem revolutionären Komitee zur Verfügung gestellten Dampfers eingeschifft. Sie wird sich nach Palermo begeben. Der neue König Georg hat im Laufe des Nachmittags im Schloß der Abreise seiner Eltern beigestimmt. Zahlreiche Getroue des Königs und der Königin waren ebenfalls zugegen. Die Abreise der königlichen Familie hat keine Kundgebungen für oder gegen den König hervorgerufen. Die Stadt blieb ruhig und hatte ihr gewöhnliches Aussehen.

Deutschland.

Deutsche Reparationslieferungen an Jugoslawien.

Berlin, 3. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Belgrad ist zwischen dem jugoslawischen Verkehrsministerium und Delegierten des Deutschen Industriellenverbandes vereinbart worden, daß Deutschland für die ganze Summe, die Südslawien aus dem Reparationsfonds der kommenden Jahre zusteht, dem Verkehrsministerium normal- und schmalspurige Personen- und Frachtwagen liefert. Das Protokoll über diese Verständigung ist am 2. Oktober unterzeichnet worden.

Beginn des Nathenauromprozesses vor dem Staatsgerichtshof.

Berlin, 2. Okt. Wie die „B. Z.“ aus Leipzig meldet, beginnt morgen vormittag die 1. öffentliche Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Die Verhandlungen richten sich gegen die Täter, die Zeitnehmer und die Begünstigten des Nordes an Nathenau. Die Zahl der Presseleute mußte mehr als verdoppelt werden, da sich so viele Korrespondenten aus dem Reich und dem Ausland angemeldet haben. Für das Auditorium wurden 600-700 Einzelfahrten ausgegeben. Der Vorsitz führt der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Hagens, neben ihm sitzen Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, der frühere Berliner Landgerichtsdirektor und Vorsitzende im Erzberger-Helferlich-Prozess, Reichsgerichtsrat Dr. Dohse und dann die Laienrichter Rechtsanwalt Fehrenbach, der frühere Reichskanzler, Professor Dr. van Calker, der Demokrat Erkelenz, der Sozialist Hiltenbrand und der Unabhängige Jädel, sowie die Richter. Es sind 22 Zeugen geladen, deren Vernehmung für den 2. Verhandlungstag vorgezogen ist.

Auflösung von verbotenen Vereinen.

Berlin, 2. Okt. Vom preussischen Minister des Innern wurde, wie der Amtliche preussische Pressedienst mitteilt, die Vereinigung Bismarckbund in Halle für aufgelöst erklärt. Der Bismarckbund hielt militärische Übungen ab und bildete die Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen aus. Ebenso wurde der Bund der Niederdeutschen (Sitz Hamburg) für den gesamten Bereich des Freistaates Preußen für aufgelöst erklärt. In Bergedorf wurde eine größere Anzahl von Waffen beschlagnahmt, die nach den eigenen Angaben des Vorstandsmittglieds von diesem für den Selbstschutz des Bundes beschafft wurden.

Die Frage der Getreideumlage.

Berlin, 3. Okt. Die Fraktion der Vereinigten sozialistischen Partei beschloß gestern in ihrer gemeinsamen Sitzung mit großer Mehrheit, jede Erhöhung des Umlagegetreidepreises, wie er für das erste Drittel des Umlagegetreides vorgesehen ist, abzulehnen. Laut „Vorwärts“ wird sich das Reichskabinett voraussichtlich heute Dienstag mit der Erhöhung des Umlagegetreides erneut befassen. Demselben Blatt zufolge hat der Reichsernährungsminister sehr dem Reichskabinett eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, in der eine rückwirkende Erhöhung des Roggenpreises für das erste Drittel auf 20 700 Mark, also genau das Dreifache des ursprünglichen Preises, vorgelesen ist. Von den nach dem Umlagegesetz abzulehrenden 2 Millionen Tonnen Getreide sind, wie das gleiche Blatt mitteilt, bisher erst 123 000 Tonnen zur Ablieferung gelangt, gegenüber 400 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 2. Okt. Zu der in einer Korrespondenz-Meldung dem Reichspostminister Giesberts zugeschriebenen Äußerung über eine Verdreifachung des Brotpreises im November sowie über die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Brot, Fett, Mehl, erfährt die „Vossische Zeitung“ von unterrichteter Seite, daß zwar mit einer starken Erhöhung, jedoch kaum mit einer Verdreifachung des Brotpreises, zu rechnen sei. Auch die von anderer Seite verbreiteten Nachrichten über eine beabsichtigte Brotstredung durch Kartoffeln seien unzutreffend. Was die Frage der Zwangswirtschaft anbetrifft, so werde man über die augenblicklich erreichte Grenze schwerlich hinausgehen.

Anträge des Reichsrats zur Zuckerverforgung.

Berlin, 2. Okt. Der Reichsrat hat einen Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, für das Betriebsjahr 1922/23: 1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Kopf und Monat 2 1/2 Pfund und an Einmachzucker 6 Pfund einmalig aus der Inlandsverzeugung den Ländern zur Verfügung zu stellen, 2. an Zucker für Jucker und zur Herstellung von Kunsthonig, Matweische und Obstkonserven die nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern.

Kassel, 2. Okt. Oberbürgermeister Scheidemann machte in einer Versammlung die Mitteilung, daß er der Reichsregierung den Vorschlag unterbreitet habe, zur wirksamen Bekämpfung des Zuckerruchens den Inlandszucker leicht zu färben, damit er nicht mehr als Auslandszucker zu phantastischen Preisen der Bevölkerung angeboten werden könne.

Verfügung gestellten nach Palermo begeben; des Nachmittags im gewohnt. Zahlreiche waren ebenfalls zu Familie hat keine König hervorgerufen. gewöhnliches Aus-

an Jugoslawien.
ung des „Berliner dem jugoslawischen des Deutschen In- den, daß Deutschland aus dem Repara- steht, dem Verkehrs- rige Personen- und über diese Verständ- worden.

Staatsgerichtshof.
Reipzig meldet, beginnt des Staatsgerichts- handlungen richten sich Begünstiger des Mor- ge mußte mehr als ver- denten aus dem Reich das Auditorium wur- Der Vorsitz führt der Hagens, neben ihm der frühere Berliner Erzberger-Helferich- dann die Laienrichter Reichskanzler, Professor der Sozialist Hilde- die Richter. Es sind den 2. Verhandlungs-

Vereinen.
Minister des Innern Pressebericht mitteilt, alle für aufgelöst er- räre Uebungen ab fernhandwerk und im enso wurde der Bund für den gesamten Be- aufgelöst erklärt. In von Waffen beschlag- n des Vorstandsmit- des Bundes beschafft

Umlage.
Vereinigten soziali- er gemeinsamen Sit- höhung des Umlage- Drittel des Umlage- laut „Vorwärts“ tlich heute Dienstag des erneut besaßen. ernährungsminister vorlage zugehen las- des Roggenpreises ark, also genau das vorgelesen ist. Von fernden 2 Millionen Blatt mitteilt, bis- rung gelangt, gegen- Zeit des Vorjahres.

Einführung
Wasser.
Korrespondenz-Mel- berts zugeschriebe- des Brotpreises ebererinführung der schl. erzählt die „Vol- z, daß zwar mit einer einer Verdreifachung ch die von anderer ne beachtete Brot- guttreffend. Was die t, so werde man über werlich hinausgehen.

Lebensmittelversorgung.
einen Antrag ange- für das Betriebsjahr uchs. der Bevölkerung 2 1/2 Pfund und an s der Inlandszwei- stellen, 2. an Zucker Kunsthonig, Marwe- erer Bestimmung des Landwirtschaft not- Hand abzuliefern. e Scheidemann machte, daß er der Reichs- habe, zur wirksamen Inlandszucker leicht Inlandszucker zu phar-

Ein Erntepfer für Oberschlesien.

Berlin, 30. Sept. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in dem alle landwirtschaftlichen Körperschaften zusammengefaßt sind, richtet durch den Oberschlesischen Hilfsbund einen Aufruf an die gesamte deutsche Landwirtschaft, in welchem die Landbevölkerung des ganzen Reichs zu einem Erntepfer für Oberschlesien aufgefordert wird. In dem Aufruf heißt es: Blühende deutsche Besitzungen wurden von polnischen Räuberbanden überfallen und ausgeplündert, große Teile des Viehbestandes wurden zwecklos hingeschlachtet oder fortgetrieben. Weiße Teile deutschen Bodens sind von Polen mit fremden Hilfsmitteln aufgekauft worden. Deutsche Landwirte wurden verschleppt oder erschlagen. Ihre Felder liegen auf Jahre hinaus brach. Gewaltige Not im ganzen Lande ist die Folge. Hier muß die Hilfe des ganzen deutschen Landvolkes einsehen! Deutsche Bauern sind es, die Euch um Hilfe bitten. Auf Euch allen lasten Sorgen, aber wenn jeder von Euch nach besten Kräften gibt — und wären es auch nur einige Sack Kartoffeln — dann ist geholfen. Darum gebt Eure Spende willig und ohne Zögern zum Erntepfer für Oberschlesien!

Aussperrung von Arbeitern in der A. G. O.

Berlin, 2. Okt. In der Apparatefabrik der A. G. O. in der Aderstraße in Berlin ist ein wilder Streik ausgebrochen, weil die Direktion eine überkaristische Zulage für Vorkarbeiter abgelehnt hat. Die Direktion hat darauf alle 10 000 Arbeiter entlassen und den Betrieb geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Oktober 1922.

Dienstnachricht.

* Die Reichsbahndirektion hat den Regierungsbaurat **M o l t** in Pforzheim nach **C a l w** versetzt.

Gegen mißbräuchliche Verwendung von Lebensmitteln.

Im Hinblick auf die schwierige Ernährungsfrage unseres Volkes und die dringende Notwendigkeit, unsere Lebensmittel in möglichst weitem Umfang zu Ernährungszwecken zu verwenden, sind in der letzten Zeit von den zuständigen Reichs- und Landesstellen neue Bestimmungen über die Herstellung von Branntwein, die Verwendung von Inlandszucker usw. erlassen worden. Diese Verordnungen und Verfügungen verfolgen insbesondere den Zweck, eine mißbräuchliche Verwendung von Obst, Kartoffeln, Zucker und Gerste zu unterbinden. Es sei daraus hervorgehoben, daß aus Obst, Obstzeugnissen und Rückständen von Obst, sowie aus Beeren aller Art Branntwein (einschl. Likör) nur mit besonderer behördlicher Genehmigung hergestellt werden darf. Für die Verarbeitung von Kartoffeln auf Branntwein ist die Genehmigung der Wirtl. Landesversorgungsstelle notwendig. Für die Herstellung von Branntwein sind für ungenießbare Kartoffeln zugelassen. Die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likör und Schaumwein ist verboten.

Die Frage der Verwendung von Fallobst.

Die Abgeordnete der Wirtl. Bürgerpartei, Frau **Klara K l o g**, hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Aus allen Teilen des Landes liegen Nachrichten vor, daß unser diesjähriger reicher Obstertrag zum großen Teil als Fallobst unter den Bäumen liegt und verdirbt und so der Schnapsberei- tung anheimfällt. Die allgemeine Teuerung und Lebensmittelpreiserhöhung verlangt aber gebieterisch, daß die großen Obstmengen für die Volksernährung erhalten bleiben. Ist das Staatsministerium bereit, durch die Oberämter die Gemeinden anzuweisen zu lassen, das Fallobst unter Verwendung der Schuljugend zu sammeln und der Dörnung zuzuführen?“

Faserstoffverwertung.

Am Sonntag, 24. Sept. fand im Saal des Handwerkskammergebäudes in **St u t t g a r t** eine Versammlung statt zur Gründung einer Genossenschaft zur Verwertung der Abfallstoffe im Schneider- und Schneiderinnengewerbe, bei den Mägenmachern, bei Buchbindereien und verwandten Berufen. Die Vertreter der Landesverbände der Schneider, Schneiderinnen usw. erklärten sich sämtliche damit einverstanden, daß die Faserstoffverwertung seitens des Handwerks durch genossenschaftlichen Zusammenschluß in die Hand genommen wird. Die Vorarbeiten für die Genossenschaft waren durch Handelskammer-Syndikus **Dr. Frenk** bereits so weit gefördert, daß das Organisationsstatut vorgelegt und genehmigt werden konnte. Zu Mitgliedern des Vorstandes wurden einstimmig gewählt die Schneidermeister **Schleicher** und **Kebmann**, **Stuttgart** und **Kübler-Jussenhausen**. Der Aufsichtsrat besteht aus acht Mitgliedern.

Gegen die Teuerung.

(**Stuttg.**) **Stuttg.**, 2. Okt. In einer gut besuchten Versammlung der Vereinigung der oberen Reichspost- und Telegraphenbeamten am 28. September wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der eine Nachprüfung des Besoldungsgesetzes gefordert wird, die auch den untersten Gruppen zum Lebensunterhalt ausreichende Bezüge gewähren soll. Das Einkommen soll von Gruppe zu Gruppe dem Wert der Leistungen entsprechend, gesteigert werden und die Gehaltsaufbesserungen so zeitig bezahlt werden, daß die Kaufkraft des Einkommens durch die vorausgegangenen Preissteigerungen nicht gemindert wird. Endlich verlangte die Versammlung eine energische Bekämpfung von aufreizendem Luxus und Einsparungen gegen Wucher und Preistreiber, sowie ein Verbot von kalten Preisberechnungen.

Prolog

zur Reise des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw zur Gewerbeschau nach München.

Vorgetragen von einem Calwer Handwerker.

Wir sind vom Schwarzwald ausgezogen Vom dunkelgrünen Nagoldstrand In rascher Fahrt hiehergezogen Ins Herz vom schönen Bayernland. Der Arbeit Last — des Lebens Sorgen Bergessen wir bis übermorgen. Wir Calwer ziehen, Mann und Frau, Nach München zur Gewerbechau.

Die Flaschner, Schreiner, Schmied' und Polier Die Metzger stehen sich nicht weiden, Friseur, Schneider, Seifensieder Sind all' erfasst vom Reiselieber. Auch Glaser, Kaufleut', Schornsteinlehre: Ja selbst die Herrn Gewerbelehrer Sie hoffen Neues hier zu finden Und gehen alle mit nach München.

In G'werbvereinen hier und dort Heißts: Calw ist jetzt der Saudorot Sofort ist nun auch etwas los, Darüber ist die Freude groß. Herr Vorstand Eßig, ernst und tüchtig Löst diese große Aufgabe richtig. Und unsern ewigen Kaiser, Herrn Cerva, ja — den loben wir.

Voll stauender Bewunderung Durchschreiten wir die Ausstellung. Was deutscher Fleiß zur Schau gestellt Ist wohl das Schönste auf der Welt. Wie hoch die Kunst in München steht Belehrt uns die Pinakotek. Und will man Prächt'ig-Schönes sehen, Betrachtet man die Propyläen.

Den Schaffertanz am Rathaus oben Hört man von allen Seiten loben, Zehntausend Menschen stehen still Weil man das Singpiel hören will. Mit ihrer Schönheit nimmt sodann Die Frauenkirch' uns in den Bann. Was Kirchenbaukunst je eronnen, Hat ebelfie Gestalt gewonnen.

Verlassen wir das deutsche Museum, Bann' uns das Maximilianum, Ein Bau von märchenhafter Pracht; So hält' sich's keiner ausgedacht. Betreten wir das Hofbräuhaus, Da schaut es erst recht bayrisch aus. Die Maßkrü' stehen in Kolonne, Der Münch'ner schwelgt in Glück und Wonne.

Den schönen See muß jeder preisen, Weil wir ihn kreuz und quer bereisen Von Starnberg' rüber mit dem Rachen, Motorboot, Dampfer, 's war zum Lachen. Kehrt man zurück zum Ufer wieder, Erschallen frohe Schwabenlieder. Die Zeit wird knapp, das Geld geht aus; Bald fährt der Sonderzug nach Haus.

Hier hab' ich mir als junger Mann Dereinst das Heimweh abgetan, Mein hart Stück fremdes Brot gegessen, Den Schwarzwald aber nicht vergessen. Jetzt — mit dem Calwer G'werbverein Zieh ich in München wieder ein, Und in Bewund'ung ruf ich noch: Mein stolzes München lebe hoch!

Zum 70. Geburtstag von Bischof Reppler.

(**Stuttg.**) **Stuttg.**, 30. Sept. Zum 70. Geburtstag des Bischofs **Paul Wilhelm** ist neben einer Reihe von Telegrammen und Glückwunschkarten des Kardinal-Staatssekretärs **Gasparr** (Rom), des **Rutilius Paccelli** (München), der deutschen Kardinal- und Bischöfe, der katholischen Fürsten und Adligen, des Staatspräsidenten von **Hiebert**, der Staatsminister **Bolz** und **Graf**, der theologischen Fakultäten **Lüdingen** und **Freiburg**, des Denkmalstages in **Stuttgart**, der **Görres**-Versammlung in **Würzburg** u. **Deutschem Volksblatt** auch folgendes Schreiben des Heiligen Vaters eingetroffen: Bei der allgemeinen Hochschätzung, deren Du Dich erfreust, werden, wie Wir hören, die braven Gläubigen Deiner Diözese demnächst mit Recht Deinen 70. Geburtstag mit allen Zeichen dankbarer Gesinnung begehen. Aus diesem treulichen Anlaß möchten auch Wir Dich beglückwünschen. Denn Wir wissen wohl, daß Du nicht nur durch frommen Eifer und hervorragende Schriftwerke rühmlich bekannt bist, sondern auch immer bedacht warst, mit der Mühe und der Sorgfalt Deines Hirtenwaltens größte Ergebenheit gegen den Stuhl Petri zu vereinigen. Daher sagen Wir mit Dir Gott innigen Dank dafür, daß er Dir ein so langes Leben für Dein Volk verleihe und bitten Ihn inständig, Er möge Dich zum Besten Deiner Diözese als unermüdeten Hirten bis in ferne gesegnete Jahre in Gnaden gesund erhalten. Damit aber die Feier dieses frohen Ereignisses umso erhebender und für das geistliche Wohl aller erspriehlicher werde, gewähren Wir Dir mit Freuden die Vollmacht, wann Du willst, in Unserem Namen unter den kirchlichen Bedingungen den Segen mit vollkommenem Ablass zu erteilen. Als Vorboden alles Guten von oben spenden Wir Dir,

Schwürdiger Bruder, und all den Deinen von ganzer Seele den Apostolischen Segen.

(**Stuttg.**) **Neuenbürg**, 2. Okt. Der seit 45 Jahren bei dem Sägewerk **Notenbach** beschäftigte Werkmeister **Wilhelm Hermann** war mit Montagearbeiten beschäftigt und kam dabei dem großen Treibriemen zu nahe, der ihn erfaßte und herumgeschleuderte. Die schweren Verletzungen hatten seinen alsbaldigen Tod zur Folge.

(**Stuttg.**) **Stuttg.**, 2. Okt. Veranlaßt durch sacktragende Kinder, die Papier anzündeten, brach gestern Abend in der **Rosenberg-Leinkinder**-Schule Feuer aus, dem der Mittelbau und ein Seitenflügel des erst vor einigen Jahren aus Holzwerk neu errichteten Krippen-Anwesens in denkbarst kürzester Zeit zum Opfer fiel. Es gelang der Feuerwehr, die Rosenberglirche zu retten, die, weil gleichfalls als „Krippen“ nur aus leichtem Fachwerk erstellt, stark gefährdet war. Der Schaden übersteigt eine Million. Die Kinder müssen in anderen, zum Teil weit entfernten Lokalen untergebracht werden.

(**Stuttg.**) **Ulm**, 2. Okt. (Amtsversammlung.) Der Haushaltsplan der Oberamtspflege weist in Einnahmen 399 100 Mark, in Ausgaben 3 577 320 M auf. Die Anzulänglichlichkeit von 3 187 000 M soll durch eine Umlage auf sämtliche Gemeinden mit 3 000 000 und durch eine gesonderte Umlage der Verwaltungsaktualkosten auf die Landgemeinden mit 210 000 M gedeckt werden. Die Oberamtsparafasse errechnet bei 2 566 500 M einen Ueberschuß von 20 415 M. — Aus dem Geschäftsbericht des Kommunalverbands ist zu entnehmen: Bei rund 50 Mill. M Umlage wurde ein Ueberschuß von 685 188 M erzielt, der mit dem vorjährigen Ueberschuß von 582 672 M das Vermögen des Kommunalverbands auf 1 267 861 M steigerte. Zur Verbilligung von Saatgetreide für verhegerte Gemeinden wurden 75 000 M und für die Mittelstandsnothilfe 100 000 M bewilligt. Es steht fest, daß das neue Jahr auch einen bescheidenen Gewinn bringen wird. Hinsichtlich der Brotpreise war der Kommunalverband **Ulm** immer einer der billigsten. Der Verbrauch an Mehl betrug 42 430 Doppelzentner oder 50 000 Doppelzentner Getreide, 900 Doppelzentner Umlage und 41 000 Doppelzentner Auslandsgetreide. Im neuen Wirtschaftsjahr hat der Bezirk an Umlage 18 500 Doppelzentner oder 24 Doppelzentner auf den Getreidehelfer aufzubringen. Bei der Erfassung der Umlage ist mit Schwierigkeiten zu rechnen. Bis jetzt sind nur 30 Ztr. Gerste und 10 Ztr. Roggen angeliefert. Der Auslandsweizen ist schon zugewiesen, so daß ernsthafte Gefahr für die Brotversorgung nicht besteht. Das Warenlager des Kommunalverbands stellt einen Wert von 120 Millionen Mark dar.

(**Stuttg.**) **Heiligenbrunn** **Ob. Oberndorf**, 2. Okt. Die in der Landwirtschaft beschäftigte **Klosterschwester Basilia Maurer** von **Eintür** **Ob. Waldsee**, 45 Jahre alt, wollte am Ortseingang, vom Felde heimkehrend, das Fuhrwerk bremsen, als ein rasch vorbeifahrendes Auto von **Schramberg** sie an den Kleibern erfaßte und unter das Auto zog. Die bedauernswerte Schwester erlitt einen Genickbruch und war sofort tot.

(**Stuttg.**) **Dehringen**, 2. Okt. Bei dem letzten Gewitter suchte Gutsbesitzer **Dietrich** in **Büttelbrunn** Schutz unter einem Baume. Ein Blitzschlag streckte ihn tot nieder.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 1760 Mark, der Schweizer Franken auf 324 Mark.

Landesproduktbörse.

(**Stuttg.**) **Stuttg.**, 2. Okt. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt hat sich in der abgelaufenen Woche wesentlich fester gestaltet, hervorgerufen durch das Steigen der Devisen, wodurch die Einfuhr von ausländischer Ware erschwert wird. Die Zufuhren auf den Inlandsmärkten sind immer noch klein, da die Landwirte mit der Herbstbestellung der Felder noch zu sehr beschäftigt sind. Es notierten je 100 Kg. ab württ. Stationen: Neuer Weizen 5200 bis 7000 (5200—6400), neue württ. Sommergerste nach Qualität 5000—6500 (4800—6000), neuer Roggen 5200—5800 (5200—5600), Hafer 5—6000 (—), Weizenmehl No. 0 10 500—12 000 (9850—10 000), Brotmehl 9900—10 050 (9250—9400), Kleie 3300—3500 (3000—3100), Heu 1300 bis 1500 (1300—1450), Stroh drahtgepreßt 1500—2000 (1300—1600) Mark.

Märkte.

(**Stuttg.**) **Balingen**, 2. Okt. Dem letzten Schweinemarkt waren zugeführt 170 Stück Milchschweine. Der Handel war lebhaft, alles wurde verkauft. Der Preis für ein Milchschwein betrug 2000—4000 M. — Auf dem Obstmarkt wurde bezahlt für Tafeläpfel per Pfund 4—5 M, Tafelbirnen 3—4.50 M, Zwetschgen 2.50—3.50 M, Mostäpfel (saure) 250—500 M, (süße) 150 bis 170 M, Fäblesbirnen 60—70 M. Die Zufuhr betrug circa 5000 Zentner.

(**Stuttg.**) **Neuenbürg**, 2. Okt. Der letzte Wochenmarkt war gut besucht. Auf dem Viehmarkt waren circa 90 Stück aufgetrieben. Der Schweinemarkt hatte weitere Zufuhr; der Handel war dort faul. Preise für Ferkel 2200—2600 M, für Läufer 3000—4000 M. — Reiche Zufuhr hatte der Obstmarkt. Für Äpfel wurden 4—5 M bezahlt, ebenso für Birnen pro Pfund, für Zwetschgen 5—6 M. Mostobst wurde zwischen 180—220 M pro Zentner, Birnen allein zu 130—140 M gehandelt.

(**Stuttg.**) **Raussen**, 2. Okt. In den letzten Tagen wurde hier der erste Weinkauf zum Preise von 10 000 M abgeschlossen. Der Wein wies ein Mostgewicht von 63 Grad auf.

Die billigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Grob- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. sozialen Zuschläge in Aufschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: **Otto Seimann**, Calw, Druck und Verlag der W. Volkshilfe (Hrn. Buchverleger), Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Am Mittwoch, den 11. Oktober 1922, findet hier
Krämer-, Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
statt, zu dessen Besuch eingeladen wird.
Für alle zum Markt gebrachten Klauentiere sind Gesundheits- und Ursprungszeugnisse beizubringen. Die weiteren Bedingungen sind in der Bekanntmachung betr. den am 14. Juni 1922 abgehaltenen Viehmarkt enthalten.
Calw, den 2. Oktober 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Pferchverkauf
für Bezirk II am Donnerstag, den 5. Oktober 1922 vormittags 8 Uhr.
Calw, den 2. Oktober 1922.
Stadtpfleger: F r e y.

Straßendung
von den städt. Lagerplätzen kommt am Donnerstag, den 5. Oktober 1922, vormittags 11 1/2 Uhr zum Verkauf.
Calw, den 2. Oktober 1922.
Stadtpfleger: F r e y.

Dentist Luibrand
hat seine Praxis
wiederaufgenommen.
Sprechstunden
von 9—1 Uhr und von 2—6 Uhr.

Bücher zu Geschenkzwecken:

Deutschland und das angelsächsische Welt Herrschaftsziel
von Otto Seltmann
geb. M. 90.—, In Halbleinen geb. M. 150.—
(auf holzfrei Papier gedruckt)

Das Urteil der Vernunft
Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmäßige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens
von Otto Seltmann
geb. M. 120.—, geb. M. 180.—

Der Grenzertragsausgleich
bei Robert Liefmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie
von Dr. Arnold Kupper
Ein Versuch der Tiefergründung und Zusammenfügung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. H. Gossen, W. St. Jevons, C. Meuser, L. Walras und R. Liefmann getrennten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre.
114 Seiten, geb. M. 90.—

Elementarschrift und Elementar-Lesemethode
Zwei Hilfsmittel für das 1. Schuljahr
von J. Beck, Mittelschullehrer
kart. M. 30.—

Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährigen Krieg
am 10. September 1634
von Johann Valentin Andrea
gebietet M. 25.—

Erhältlich in den Buchhandlungen.

Stadtgemeinde Calw.
Die Landwirte werden darauf aufmerksam gemacht, daß auch heuer wieder das
Saatgut von Weizen u. Dinkel
vor der Aussaat behufs Bekämpfung des Steinbrandes **gebeizt werden muß.**
Eine Beizstelle ist unter dem Rathaus errichtet und kann von Montag, den 2. Oktober an von jedermann benützt werden.
Calw, den 30. September 1922.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Mütterberatungsstunde
morgen Mittwoch, den 4. Oktober 1922, 2—3 Uhr im Handarbeitsaal (Erdgeschloß) des Volksschulgebäudes in der Badstraße.

Die Mittelstandsküche bittet um Spenden von Birnen, Äpfeln und Zwetschgen zum Dörren; von Kraut, Kartoffeln u. a.
Gaben nimmt entgegen
Frau E. Sanwald, Calw, Insel.

Weizenbrotmehl
Ia. Ware, ist eingetroffen
Adolf Lutz.
Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Ein braves, ehrliches
M ä d c h e n
sucht
Frau M. Weber,
Hermannstr. 641.

Für sofort oder 15. Okt.
braves, ehrliches
M ä d c h e n

von 15—17 Jahren am liebsten vom Lande aus achtbarer Familie, zum Anlernen in offenes Geschäft gesucht.
Familienanschluß.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Lüchtiges, solides
M ä d c h e n
zum baldigen Eintritt gesucht von
Frau Ernst Kirchherr.

Gesucht wird auf sofort jüngeres, ordnungsliebendes
M ä d c h e n
für meinen aus 3 erwachsenen Personen bestehenden Haushalt gegen gute Bezahlung.
Frau Notar Schmidt, Pforzheim, Gewerbeschulstraße 1.

Lüchtige
R ö c h i n

die auch etwas Hausarbeit übernimmt, bei hohem Lohn
sofort oder später gesucht.
Zimmermädchen vorhanden.
Angebote mit Zeugnissen an
Frau Rob. Hafner,
Pforzheim,
Gut Buckenberg, Villa Hafner

Sportlicher
sucht Kauf, Pacht oder Beteiligung an

Forellenwasser,
auch kleinen Umfangs. Gesl. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Eine
Ziege
hat zu verkaufen
Koch, Zavelstein.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne vom 12. September 1922 (R.-G.-Bl. Seite 724) hat der Kassenausschuß am 30. September 1922 beschloffen, mit Wirkung vom 25. September 1922 an folgende neue Grundlöhne, Beiträge und Leistungen festzusetzen:

Stufe	Arbeitsverdienst für den Arbeitstag	Grundlohn	Wochenbeitrag		Frankengeld täglich	Sterbegeld
			Ganzer Beitrag	Anteil des Arbeitgebers		
I	bis zu 30.99 M einschließl.	20	9	3	6	10
II	von 31 M bis 50.99 M	40	18	6	12	20
III	von 51 M bis 80.99 M	70	33	11	22	35
IV	von 81 M bis 120.99 M	100	48	16	32	50
V	von 121 M bis 170.99 M	150	72	24	48	75
VI	von 171 M bis 220.99 M	200	96	32	64	100
VII	von 221 M bis 270.99 M	250	120	40	80	125
VIII	von 271 M bis 320.99 M	300	144	48	96	150
IX	von 321 M bis 370.99 M	350	168	56	112	175
X	von 371 M bis 420.99 M	400	192	64	128	200
XI	von 421 M bis 470.99 M	450	216	72	144	225
XII	von 471 M und mehr	500	240	80	160	250
I	Lehrlinge ohne Entgelt 2/3	20	6	2	4	—

Die vollständige Aenderung der Grundlöhne bedingt eine allgemeine Lohnerhebung und eine Neueinstufung sämtlicher Versicherten.
Zum Zwecke der Lohnerhebung werden den Arbeitgebern demnächst noch schriftliche Aufforderungen zugehen, um deren umgehende Erledigung im Interesse einer geordneten Geschäftsführung heute schon dringend gebeten wird.
In der IX. Einzugsperiode, die 5 Wochen umfaßt, konnte aus technischen Gründen nur ein vierwöchiger Krankenversicherungsbeitrag (vom 28. August bis 24. September) zum Ansatz kommen, während die Invalidenversicherungsbeiträge infolge der auf 2. Oktober 1922 vorzunehmenden Aenderung bis einschließl. 30. September zur Aufrechnung gelangt sind.
Die Krankenversicherungsbeiträge für die Zeit vom 25. September bis 1. Oktober werden in der X. Einzugsperiode eingestellt.
Von einer prozentualen Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge wurde Abstand genommen.
Neue Berechnungstabellen können vom 5. ds. Mts. an von der Kasserverwaltung bezogen werden.
Calw, den 30. September 1922.
Vorstand: Kamparos. Verwalter: Frab.

Färberei Büßing Stuttgart
färbt und reinigt alles schön und gut.
Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland

Geld in jeder Höhe für alle Zwecke an Jedermann gegen Ratenzahlung durch H. Nagl, Ravensburg, Rüstletor.
Kinder spielzeug
1 Lokomotive mit Wagen und Geleise und einen Kinderpuppenwagen.
Rau, Zwinger 293.

Meggerinnung Calw und Bezirk.
Die auf Mittwoch, den 4. Oktober ausgeschriebene **Bersammlung** findet nachmittags 2 Uhr bei Kollege Karl Waldelich zum „Rößle“ in Calw statt.
Der Ausschuß.

Trockener Soutterain (ca. 40 qm) als **Lagerraum** zu vermieten. Auskunft durch die Geschäftsst. ds. Bl. Ebenfalls ist ein ca. 600 Liter haltendes **Rundfaß** zu verkaufen.

Druckarbeiten
jeglicher Art wollen Sie bei Bedarf bei uns bestellen.
Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks von der einfachen Besuchskarte bis zum umfangreichen Werk, rasch preiswert u. sauber ausgeführt
Druckerei des Calwer Tagblatt
Geschäftsstelle: Lederstraße 151, Fernsprecher Nr. 9.

Zm Reichs für das sen, den festgesetzt hung das Dop
Ab 15. Okt Güter h h un erfolgen.
Die Konf schen For gabe von gierung Dardanel die die C Entente, wand zu machen j geltend. rofigen A eine Ent krieges fi
Die deutsc National
Die Das In eine Deutsche Z land über pen zu B hochkultivi des amerit lande in C L Blank j „Wenn von dem, so würde e Präsidente Zurücknah fehle. We überzeugt, wieder ne Bestien ne sein muß, Schande v terzeichnun Bewachung wurden. C in der ich deutschen Mädchen fr land und B einzupräge schen und f anden bal das wir in rikanische diesen Kri wir sagen: lands und Weiter I Wresse, die gentlich der richtet wurd landes durc wird fortge das ernste der französij pen veranla ein schweres Würde darfi